

Friedenssuche und Eskalation der Gewalt: Kolumbien im ersten Amtsjahr von Andrés Pastrana

Kurtenbach, Sabine

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kurtenbach, S. (1999). *Friedenssuche und Eskalation der Gewalt: Kolumbien im ersten Amtsjahr von Andrés Pastrana*. (Brennpunkt Lateinamerika, 15). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443778>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 15

16. August 1999

ISSN 1437-6148

Friedenssuche und Eskalation der Gewalt: Kolumbien im ersten Amtsjahr von Andrés Pastrana

Sabine Kurtenbach

Seit der Amtszeit von Belisario Betancur (1982-86) gab es keinen vergleichbaren Optimismus hinsichtlich der Befriedung Kolumbiens. Schon vor seinem Amtsantritt am 7. August 1998 traf sich Andrés Pastrana im kolumbianischen Dschungel mit Manuel Marulanda (alias Tirofijo), dem legendären Führer der größten kolumbianischen und ältesten lateinamerikanischen Guerillagruppe, den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC). Die beiden Männer vereinbarten die Aufnahme von Gesprächen über eine Beendigung des mittlerweile über 30 Jahre dauernden Krieges in den ersten 90 Tagen nach Amtsantritt der neuen Regierung. Der Präsident offenbarte mit dieser spektakulären Aktion ein großes persönliches Maß an Bereitschaft, den in den letzten Jahren stets wiederkehrenden Zyklus von Friedensplänen und deren Scheitern durchbrechen zu wollen. Auch mit der zweitgrößten Guerillagruppe, dem Ejército de Liberación Nacional (ELN), gab es relativ schnell Kontakte.

Der Optimismus der ersten Wochen ist einer vorsichtigen Skepsis gewichen und am ersten Jahrestag seiner Amtsübernahme wird in US-amerikanischen und lateinamerikanischen Zeitungen darüber diskutiert, ob Kolumbien ein lateinamerikanischer Kosovo zu werden droht. Während Verfechter alter Verschwörungstheorien eine Intervention der USA befürchten, sehen andere das Eingreifen einer multilateralen Eingreiftruppe unter Beteiligung lateinamerikanischer Nachbarstaaten. In Kolumbien selbst nimmt die Angst vor einem offenen und blutigen Bürgerkrieg zu. Auch Präsident Pastrana, bisher bei Rückschlägen relativ unverdrossen, erklärte jüngst, seine Geduld sei allmählich erschöpft. Allerdings hat der Präsident selbst von Anfang an zurecht darauf verwiesen, daß es keine schnellen Erfolge geben werde.

Tradition der Gewalt

Angesichts der hektischen Tagesaktualität gerät vielfach aus dem Blick, daß es sich in Kolumbien nicht nur um den ältesten innerstaatlichen Krieg Lateinamerikas handelt, sondern daß dieser auch weit komplexer strukturiert ist, als dies beispielsweise die zentralamerikanischen Kriege bis Mitte der 90er Jahre waren. In Kolumbien stehen

sich eben nicht zwei Kriegsparteien gegenüber, die es an den Verhandlungstisch zu bringen gilt. Auch ist nach wie vor nicht erkennbar, welches Ziel Verhandlungen zwischen der Regierung und den verschiedenen Guerillagruppen jenseits der Beendigung des bewaffneten Kampfes haben sollen. Die lange Dauer des Krieges hat darüber hinaus

zu einer Eigendynamik der Kriegslogik geführt, die in nur 12 Monaten nicht zu überwinden ist.

Bis vor kurzem galt Kolumbien nicht nur als das gewalttätigste Land Lateinamerikas, sondern – gemessen an der Zahl der Morde pro Einwohner – als weltweiter Spitzenreiter der Gewalt. Mitte der 90er Jahre hat Kolumbien diesen Platz an das kleinste zentralamerikanische Land, El Salvador, verloren. Dennoch bleibt Gewalteinwirkung die häufigste Todesursache bei Männern im Alter zwischen 15 und 45 Jahren. Nur der geringere Teil der Gewalttaten steht in direktem Zusammenhang mit politischen und sozialen Auseinandersetzungen, Gewalt ist in wachsendem Maß ein Mittel des täglichen, persönlichen Konfliktverhaltens geworden. In der politischen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen hat Gewalt in Kolumbien seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine zentrale Rolle gespielt. Die so entstandene politische Gewaltkultur trägt deshalb wesentlich zum Ausmaß und zur „Veralltäglichung“ der Gewalt bei.

Auch wenn der Krieg von FARC, ELN und einigen kleineren Guerillagruppen bis in die 60er Jahre zurückreicht, so hat er in den vergangenen zwei Dekaden doch eine neue Dimension erhalten. Zumindest zwanzig Jahre lang gab es in Kolumbien wirklich den „kleinen Krieg“, der den Ursprung des Wortes „*guerrilla*“ ausmacht. Die Aktivitäten der FARC (unter diesem Namen seit 1964) sowie von ELN (seit 1965) und EPL (seit 1966), die vornehmlich in den geographischen Randlagen operierten, in denen der kolumbianische Staat nicht präsent war, gefährdeten das politische Zweiparteiensystem des Landes nicht, sondern stabilisierten es sogar. Der Rekurs auf die reale oder vermeintliche Gefährdung durch die bewaffneten Gruppen erlaubte die fast permanente Verhängung des Ausnahmezustandes und damit die Verfolgung und Kriminalisierung jedweder systemgefährdenden Opposition. Seit Beginn der 80er Jahre wurde das Kriegsszenario jedoch durch verschiedene Faktoren wesentlich komplexer:

1. Der wachsende Einfluß der Drogenkartelle auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des Landes verstärkte die Gewalt durch die dem illegalen Gewerbe inhärenten Mechanismen und die verstärkten Aktivitäten der organisierten Kriminalität. Auch der Kampf der kolumbianischen Regierung gegen die Macht der Drogenbosse trug vor allem Ende der 80er Jahre zur Eskalation der Gewalt bei.
2. Das Scheitern des Friedensprozesses 1985 führte zu einer Zunahme vor allem der paramilitarischen und politischen Gewalt. Mitte der

80er Jahre haben die paramilitarischen Gruppen dann durch die Zusammenarbeit mit den Drogenhändlern einen neuen Aufschwung erlebt. Die Kooperation zwischen Militär und paramilitarischen Gruppen bestand weiter fort, ein Bericht der Staatsanwaltschaft von 1983 beschuldigte 59 aktive Militärs der Mitgliedschaft in der Todesschwadron MAS (*Muerte a los Secuestradores*). Seit 1989 sind sie zwar formal verboten, die Regierung unternimmt aber nichts, um ihrem Treiben Einhalt zu gebieten. Der US-Wissenschaftler Mark Chernick vertritt sogar die These, daß die „Paramilitarisierung“ des Krieges eine bewußte Strategie sei, die Teile des Militärs aufgrund des Waffenstillstands zwischen Regierung und Guerilla 1985 begonnen hätten. Mitte der 90er Jahre bezifferten Nichtregierungsorganisationen die Zahl der paramilitarischen Gruppen auf 250, seither versucht der Chef der wohl größten Gruppe, Carlos Castaño, die Paramilitärs unter seiner Führung und dem Namen *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) zu vereinigen.

3. Die Krise des politischen Systems während der Präsidentschaft von Ernesto Samper (1994-98), die quasi einen Schnittpunkt aus den beiden erstgenannten Faktoren darstellt, dynamisierte die Gewalt. Der Konflikt um die Finanzierung von Sampers Wahlkampf mit Drogengeldern paralyisierte das Land und bot mit dem dadurch entstehenden Machtvakuum allen bewaffneten Akteuren einen idealen Hintergrund zur Intensivierung ihrer Aktivitäten. Die Gewaltspirale bewegte sich abermals in erschreckender Weise nach oben. Die Regierung hat darüber hinaus 1994 die Bildung sogenannter Sicherheitskooperativen (*Convivir*) zugelassen, die sich zwar registrieren lassen müssen, in der Realität vielfach aber kaum von paramilitarischen Gruppen zu unterscheiden sind. Abermals bewaffnet der Staat die Bürger, statt den eigenen Anspruch auf das Gewaltmonopol durchzusetzen – oder auch nur zu vertreten.

Ende der 90er Jahre stehen sich in Kolumbien im politischen Bereich mithin drei Gruppen von Gewaltakteuren gegenüber, von denen keine ein homogener Block ist: die staatlichen Sicherheitskräfte, die paramilitarischen Gruppen und die Guerillagruppen. Außerdem beschränkt sich die Gewalt heute nicht mehr auf einige ländliche Regionen, sondern erfaßt mittlerweile über 50 Prozent des Territoriums, und sie hat – vor allem durch den Einfluß des Drogenhandels und das Wachstum der „Entführungsindustrie“ – eine neue finanzielle Basis erhalten. Schätzungen des kolumbia-

nischen Verteidigungsministeriums spiegeln zwar sicher nicht die Realität wider, geben aber zumindest einen Anhaltspunkt über die Einkünfte der Guerilla: Demnach verfügen die verschiedenen Guerillagruppen über jährliche Einnahmen zwischen US\$ 350 und 1.000 Mio. Davon seien 50% durch den Schutz von Kokafeldern, 30% durch Entführungen und 20% durch Erpressung (sog. Revolutionssteuern) „erwirtschaftet“ worden.

Die Auseinandersetzungen der vergangenen Monate haben das Land in drei Teile gespalten. Während die Guerilla vor allem den Süden des Landes kontrolliert, haben sich im Norden die Paramilitärs weitgehend durchgesetzt. Die staatlichen Sicherheitskräfte kontrollieren noch das Zentrum des Landes um die Hauptstadt Bogotá.

Die Kosten des Krieges

Die humanitären Folgen der ausufernden Gewalt haben in Kolumbien in den 90er Jahren quantitativ bereits annähernd das Niveau der sog. „*Violencia*“ erreicht, das heißt des Bürgerkriegs, der zwischen 1948 und 1957 über eine Viertel Million Menschen das Leben gekostet hat und in dessen Rahmen zwei Millionen Menschen innerhalb des Landes vertrieben wurden. Die Zahl der direkten Opfer der Gewalt hat in den 90er Jahren wieder ein dramatisches Ausmaß erreicht. Die Medien tragen das ihre dazu bei, den Krieg in die Wohnzimmer des Landes und damit in das Bewußtsein der Kolumbianerinnen und Kolumbianer zu tragen. Nie gab es so viele Bilder von Toten und Massakrierten, darunter zahlreiche Kinder und Jugendliche, wie in den vergangenen Monaten.

- 250.000 Menschen wurden in den 90er Jahren in Kolumbien ermordet. Auch wenn gemeinhin die These vertreten wird, daß „nur“ etwa 5 bis 20 Prozent der Gewaltakte in direktem Zusammenhang mit bewaffneten Auseinandersetzungen stehen, gibt es doch bei einem wesentlich höheren Prozentsatz einen indirekten Zusammenhang mit dem Krieg: sei es, weil die Begleitumstände der Tat „ungeklärt“ sind, sei es, daß auch andere Konflikte in diesem Umfeld gewaltsam „gelöst“ werden. Eine Studie der *Universidad de los Andes* geht davon aus, daß in den 123 Gemeinden des Landes, in denen 80 Prozent der jährlich 30.000 Morde begangen werden, die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Streitkräften, Paramilitärs und Guerilla eine große Rolle spielen.
- Seit Mitte der 80er Jahre mußten 1,5 Millionen Kolumbianerinnen und Kolumbianer (das sind knapp 4 Prozent der Bevölkerung) vor der Gewalt flüchten und gelten als „intern Vertrie-

bene“. Darüber hinaus verlassen immer mehr Kolumbianer das Land. Nach Angaben des UNHCR leben etwa eine Million Kolumbianer in Venezuela, die Hälfte davon direkt im Grenzgebiet zu Kolumbien, 30.000 Menschen sind über die Grenze nach Ecuador geflohen, mehrere Tausend Menschen nach Panama. Die überwiegende Mehrzahl dieser Menschen sind nicht offiziell als Flüchtlinge anerkannt, weshalb sie in äußerst prekären Verhältnissen leben und tagtäglich mit der Deportation nach Kolumbien rechnen müssen. Seit Mitte 1998 unterhält das UNHCR zumindest ein Verbindungsbüro in Bogotá. Eine indirekte Folge der Vertreibung ist eine starke Veränderung der Agrarbesitzstruktur, da sich die Paramilitärs, die für 50 bis 80 Prozent der Massaker verantwortlich gemacht werden, bzw. deren Auftraggeber die von mutmaßlichen Guerillasympathisanten aufgegebenen Ländereien aneignen.

Auch die Wirtschaft des Landes ist in den vergangenen Jahren zunehmend in Mitleidenschaft gezogen worden. Galt jahrzehntelang die Devise „dem Land geht es schlecht, der Wirtschaft gut“, so beziffern Experten des Nationalen Planungsamts (*Departamento de Planeación Nacional*) die ökonomischen Kosten des bewaffneten Konfliktes für die Jahre 1991 bis 1996 auf 9% des BIP. Politische Krise und zunehmende Instabilität haben sich auch auf die makroökonomischen Wirtschaftsdaten ausgewirkt. Konnte die kolumbianische Wirtschaft als einzige in Lateinamerika selbst in den 80er Jahren jährliche Wachstumsraten von um die 5 Prozent erzielen, so befindet sich das Land Ende der 90er Jahre in einer schweren Rezession. In den ersten drei Monaten des Jahres 1999 schrumpfte die kolumbianische Wirtschaft um 4,8%. Ende Juni sah sich die Regierung bereits zum zweiten Mal seit ihrer Amtsübernahme zur Abwertung des kolumbianischen Peso gezwungen. Ein Bericht des Nationalen Statistischen Amtes vom 1. Juni 1999 gibt an, daß die industrielle Produktion im ersten Quartal 1999 im Vergleich zum Vorjahr um 20,3% schrumpfte. Ähnliche Entwicklungstrends, deren Umkehr noch nicht absehbar sei, gebe es in der Landwirtschaft, dem Baugewerbe und im Tourismus. Im Kapitalgüterbereich seien sogar Einbrüche von 45 Prozent zu vermelden.

Neben den direkten und indirekten Schäden für die Wirtschaft durch die ausufernde Gewalt ist die in den vergangenen Jahren zu beobachtende Militarisierung ein weiterer Faktor. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt ist stetig gestiegen, die Mannschaftsstärke der Streit-

Aktuelle Wirtschaftsdaten zu Kolumbien	
BIP (1997)	US\$ 87 Mrd.
jährliches BIP-Wachstum (1975-95)	4,2%
BIP Wachstum erstes Quartal 1999	- 4,8%
BIP pro Kopf (1997)	US\$ 2.180
jährliches BIP-Wachstum pro Kopf (1975-95)	2%
jährliche Inflation (1985-96)	24,6%
Inflation (1996)	18,7%
Anteil der Sektoren am BIP:	
– Agrarsektor	11%
– Industrie	20%
– Dienstleistung	69%

Quelle: Human Development Report 1999
Internet: www.undp.org/hdro/

kräfte ebenfalls, von 66.200 (1985) auf 146.300 (1998) Mann.

Vor diesem Hintergrund haben alle maßgeblichen Akteure in den letzten zwölf Monaten verbal immer wieder ihre Bereitschaft zur Beendigung der Auseinandersetzungen beteuert, in der Praxis aber weiter auf das Mittel der Gewalt zur Verbesserung der eigenen Position gesetzt. In der Öffentlichkeit entstand so der Eindruck eines unablässigen Auf und Ab zwischen Hoffnungen auf einen Durchbruch zum Frieden und Befürchtungen einer weiteren Gewalteskalation. Es ist sinnvoll, eine Analyse der Friedensbemühungen zunächst auf der Ebene der Akteure vorzunehmen, bevor auf die Dynamik des Gesamtprozesses eingegangen werden kann. Denn sowenig es in Kolumbien den einen Bürgerkrieg gibt, sowenig gibt es nur einen Friedensprozeß.

Regierung und FARC – Politik der Symbole

Im Mittelpunkt der Bemühungen des Präsidenten standen zunächst Kontakte mit den FARC, die ihn im Wahlkampf am Ende sogar offen unterstützt hatten. Diese Schwerpunktsetzung ist schon aufgrund der Tatsache logisch, daß die FARC nicht nur die älteste, sondern mit etwa 15.000 Kämpfern auch die größte Guerillagruppe des Landes sind. Bereits einen Monat vor seiner Amtsübernahme traf sich Pastrana am 9. Juli 1998 „irgendwo in den Bergen“ mit dem legendären Chef der FARC, Manuel Marulanda, und der „Nummer 2“ in der FARC-Hierarchie, Jorge Briceño, um die Chancen für einen Friedensprozeß auszuloten. Es war das erste Treffen eines gewählten Staatsoberhauptes mit Guerillaführern auf

kolumbianischem Boden, wodurch dieser ja eher symbolische Akt in der Öffentlichkeit hohe Erwartungen weckte.

Trotz der Friedensbeteuerungen verabschiedeten die FARC den scheidenden Präsidenten Ernesto Samper mit einer großangelegten militärischen Offensive. Mit der Amtsübernahme durch Pastrana drehte sich die Diskussion vor allem um zwei Punkte: erstens einen Vorschlag, bzw. eine Forderung der FARC, einen umfassenden Austausch von Gefangenen und Häftlingen vorzunehmen. Der Präsident wollte diese Frage im Rahmen eines Referendums zu geplanten politischen Reformen zur Abstimmung stellen. Zahlreiche Kritiker verwiesen allerdings auf dadurch entstehende verfassungsrechtliche Probleme, weil die etwa 800 einsitzenden Guerilleros nur wegen politischer Delikte begnadigt werden können, ein Teil aber wegen „krimineller Delikte“ verurteilt wurde.

Der zweite Streitpunkt war die Forderung der FARC, ein Gebiet von der Größe der Schweiz (fünf Gemeinden im Süden des Landes) zu demilitarisieren, um dort die Friedensverhandlungen durchzuführen. Mitte 1995 hatte der damalige Präsident Ernesto Samper ähnlichen Forderungen – die Demilitarisierung der Gemeinde La Uribe als Voraussetzung für Friedensgespräche – zugestimmt, was eine schwere Krise in den zivil-militärischen Beziehungen auslöste. Das Militär hatte öffentlich vom Präsidenten einen schriftlichen Befehl zur Räumung gefordert und gleichzeitig die Verfassungsmäßigkeit einer solchen Anordnung in Zweifel gezogen. Nach einer Krisensitzung zwischen Präsident, Verteidigungsminister und 20 Generälen nahm Samper das Angebot zurück. Friedensgespräche fanden nicht statt. La Uribe hat sowohl für die FARC als auch für das Militär eine hohe symbolische Bedeutung. Bis 1991 gehörte La Uribe zu einem Gebiet, das die Guerilla kontrollierte und wo sie ihr Hauptquartier, die sog. „Casa verde“, hatte. Ausgerechnet am 9. Dezember 1990, dem Tag, an dem Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung stattfanden, bombardierte das Militär La Uribe und konnte damit erstmals in 20 Jahren einen territorialen Gewinn gegenüber den FARC verzeichnen. Strategisch ist die Kontrolle der Region wegen ihrer Nähe zu Cundinamarca und damit zur Hauptstadt für beide Seiten wichtig.

Mit seiner Bereitschaft zur Demilitarisierung des Gebietes erwies sich Pastrana in einem für die FARC sehr wichtigen Punkt gesprächsbereit. Am 7. November 1998 begann das Militär mit seinem Abzug, wobei es auch dieses Mal Kritiker gab. Carlos Lemos, ehemaliger Vizepräsident, warf Pastrana vor, die Einheit des Landes aufs Spiel zu

setzen. Als Pastrana die Demilitarisierung des Gebiets Ende Mai 1999 unbefristet verlängerte, kam es abermals zum Eklat mit den Sicherheitskräften. Verteidigungsminister Ricardo Lloreda trat aus Protest gegen diese Maßnahme zurück, mit ihm zahlreiche Generäle.

Diese durchaus beachtlichen Zugeständnisse von seiten der kolumbianischen Regierung brachten den Friedensprozeß in Gang, aber bereits Ende 1998/Anfang 1999 zeigte sich, wie schwierig der Prozeß verlaufen würde und wie tief das Mißtrauen zwischen Regierung und FARC sitzt. Der erste größere Streit entzündete sich an der Frage, ob die Regierung 120 Soldaten in einer Militärbasis innerhalb des demilitarisierten Gebietes belassen

dürfe, die zum einen die dort lagernden Waffenbestände bewachen, zum anderen der Regierung bei den Gesprächen logistische Unterstützung leisten sollten. Im Vorfeld des offiziellen Beginns der Gespräche am 7. Januar 1999 gab es dann protokollarische Scharmützel über die Frage, ob die FARC im Beisein des Präsidenten ihre Hymne abspielen dürften. Ein Ansinnen, das dieser strikt ablehnte und das mit der Aufspaltung der Veranstaltung in einen offiziellen Teil und einen informellen Teil geregelt wurde. Wesentlich gravierender waren die jenseits des demilitarisierten Gebietes anhaltenden militärischen Aktivitäten aller Konfliktparteien. Der Aufruf des Präsidenten, wenigstens

Themenkatalog:

1. Politische **Verhandlungslösung** des Konfliktes;
2. Schutz der **Menschenrechte** als Verantwortung des Staates: Grundrechte, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und umweltrelevante Rechte, Internationale Verträge über Menschenrechte;
3. Umfassende **Agrarpolitik**: Demokratisierung der Kreditvergabe; Verteilung unproduktiv genutzten Landes, Wiedererlangung und Verteilung des Landes, das vom Drogenhandel oder durch unrechtmäßige Bereicherung erworben wurde, Stimulierung der landwirtschaftlichen Produktion, umfassende Neuordnung der territorialen Gliederung, Substituierung und alternative Entwicklung;
4. Ausbeutung und Schutz **natürlicher Ressourcen**: natürliche Ressourcen und ihre Verteilung, internationale Verträge und Umweltschutz auf der Basis nachhaltiger Entwicklung;
5. **Wirtschafts- und Sozialstruktur**: Revision des Wirtschaftsmodells, Politik der Einkommensumverteilung, Erweiterung interner und externer Märkte, Stimulierung der Produktion in kleinen, mittleren und großen Privatunternehmen, Unterstützung von solidarischen Wirtschaftsformen und Kooperativen, soziale Beteiligung bei der Planung von Vorhaben, Investitionen in Sozialpolitik, Erziehung und wissenschaftliche Forschung;
6. **Justizreform**, Kampf gegen Korruption und Drogenhandel: Justizsystem, Kontrollorgane, Instrumente im Kampf gegen die Korruption, Drogenhandel
7. **Politische Reformen** zur Erweiterung der Demokratie: Reform der Parteien und politischen Bewegungen, Wahlrechtsreformen, Garantien für die politische Opposition und Minderheiten, Mechanismen für Bürgerbeteiligung;
8. **Staatsreform**: Reform des Kongresses, Verwaltungsreform für eine größere Effizienz der öffentlichen Verwaltung, Dezentralisierung und Stärkung der lokalen Macht, öffentliche Dienstleistungen, strategische Sektoren;
9. Abkommen über das **Humanitäre Völkerrecht**: Beendigung der Beteiligung von Kindern am Konflikt, Antipersonenminen, Respektierung der Zivilbevölkerung, Geltung internationaler Normen;
10. **Streitkräfte**: Verteidigung der Souveränität, Schutz der Menschenrechte, Kampf gegen die sog. „Selbstverteidigungsgruppen“, internationale Verträge;
11. **Internationale Reaktionen**: Recht auf Selbstbestimmung und Nicht-Intervention, regionale Integration Lateinamerikas und externe Verschuldung, internationale Verträge und Abkommen des Staates;
12. **Formalisierung der Abkommen**: demokratische Instrumente zu deren Legitimation.

Quelle: Cambio 10. Mai 1999

über die Feiertage und den Jahreswechsel die Waffen ruhen zu lassen, wurde ausgerechnet nur von den Paramilitärs aufgegriffen. Deren pure Existenz wiederum torpedierte die Gespräche.

Schon im Vorfeld des Treffens, bei dem Pastrana und Marulanda die jeweiligen Delegationen anführen sollten, zirkulierten Gerüchte, daß paramilitärische Gruppen versuchen wollten, Marulanda umzubringen. Fehlende Sicherheitsgarantien waren denn auch die Begründung dafür, daß weder Marulanda noch Jorge Briceño an diesem symbolisch wichtigen Auftakt der formalen Gespräche teilnahmen. Dies versetzte den allgemeinen Erwartungen – etwa 400 nationale und internationale Pressevertreter waren anwesend – zwar einen Dämpfer, verhinderte den Beginn der ersten offiziellen Friedensgespräche nach siebenjähriger Pause aber nicht. Ziel war es, eine Agenda und die Methode der inhaltlichen Gespräche festzulegen. Aber bereits knapp zwei Wochen später froren die FARC die Gespräche einseitig ein, weil die Regierung es unterlassen habe, die Paramilitärs effizient zu verfolgen.

Erst Ende April 1999 – nachdem Präsident Pastrana entschlossen gedroht hatte, das Militär werde in das demilitarisierte Gebiet einmarschieren, wenn es nicht bald Fortschritte gäbe – fanden abermals Gespräche zwischen Regierungsvertretern und den FARC statt. Am 6. Mai einigten sich die Delegationen auf einen breiten Themenkatalog für die Friedensverhandlungen.

Letztlich handelt es sich bei diesem Katalog um die Auflistung der zentralen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes. Fast niemand in Kolumbien bestreitet, daß Reformen in all diesen Bereichen notwendig sind. Kritiker fragen allerdings durchaus zurecht, ob Regierung und FARC dazu legitimiert sind, Vereinbarungen über Probleme zu treffen, die die gesamte kolumbianische Gesellschaft betreffen, oder ob dazu nicht andere Foren – genannt wird immer wieder eine neue Verfassungsgebende Versammlung – geschaffen werden müßten.

Wie schwierig schon Fortschritte zwischen nur zwei Akteuren sind, zeigt die Tatsache, daß die inhaltlichen Gespräche, die dieser reinen Auflistung der Probleme folgen sollten, abermals zweimal verschoben wurden. Zunächst Anfang Juli „wegen logistischer Probleme“, dann am 19. Juli auf unbestimmte Zeit. Hintergrund der Verschiebung ist die Forderung der Regierung, eine internationale Begleitkommission einzusetzen, die unter anderem Ansprechpartner für die Bevölkerung des demilitarisierten Gebietes sein soll. Marulanda hat dem in einem Treffen mit Präsident

Pastrana Anfang Mai zugestimmt, einer seiner Stellvertreter, Raúl Reyes, lehnte dies Mitte Juli ab. Konkret geht es um den – von den FARC zugegebenen – Mord an 11 Personen in der von ihr kontrollierten Zone. Während die FARC-Führung sich auf „revolutionäre Justiz“ gegen Infiltranten der Sicherheitskräfte berief, betonte der Generalstaatsanwalt, daß es in Kolumbien keine Todesstrafe gebe und – angesichts der realen Straflosigkeit von 95 Prozent aller Morde im Land – etwas zu pathetisch: „Wir werden nicht erlauben, daß in irgendeinem Teil des Landes ein Kolumbianer ermordet wird.“

Regierung und ELN

Anders als mit den FARC hatte Präsident Pastrana zunächst keinen direkten Kontakt mit Vertretern des ELN. Bei dem Zusammentreffen des ELN mit Vertretern der kolumbianischen Zivilgesellschaft, das unter der Schirmherrschaft der katholischen Bischofskonferenzen Kolumbiens und Deutschlands Mitte Juli 1998 stattfand, bemühte sich Pastrana vergeblich um eine Teilnahme von Repräsentanten seiner Regierungsmannschaft. Nach zweitägigen Beratungen im Kloster Himmelspforten bei Würzburg, an denen auch der ehemalige deutsche Agent Werner Mauss und seine Frau als Beobachter teilnahmen, verabschiedeten die Teilnehmer eine Erklärung, in der sie sich dafür aussprachen, noch vor Oktober 1998 eine „Nationale Versammlung der kolumbianischen Zivilgesellschaft“ einzuberufen, die den Friedensprozeß vorbereiten solle. Der ELN verpflichtete sich

- seine Angriffe auf Ölpipelines zu beenden, wenn begonnen werde, „substantiell“ über den Schutz der Ressourcen vor ausländischer Ausbeutung zu reden;
- künftig keine Minderjährigen, alte Menschen oder schwangere Frauen mehr zu entführen, was von vielen fälschlich als Absage an Entführungen überhaupt interpretiert wurde;
- auf den Gebrauch von Antipersonenminen zu verzichten;
- die Einhaltung der Menschenrechte zu unterstützen.

Die Regierung wurde aufgefordert, die paramilitärischen Gruppen zu entwaffnen.

Im August 1998 übermittelte der ELN dem neuen Präsidenten dann fünf Forderungen: die Anerkennung als kriegführende Partei, die Aussetzung des Kopfgeldes auf die Ergreifung seiner Führer, der Kampf gegen die Paramilitärs, eine staatliche Friedenspolitik und die Säuberung der

staatlichen Sicherheitskräfte. Der Präsident erklärte daraufhin seine Bereitschaft, den politischen Status des ELN anzuerkennen, wenn dieses sich an Friedensverhandlungen beteiligt.

Mitte Februar 1999 forderte der ELN im Zuge einer Gleichstellung mit den FARC ebenfalls eine demilitarisierte Zone (etwa 8.000 km² im Norden des Departements Bolívar), um dort die geplante Nationale Versammlung abhalten zu können. Die Regierung lehnte dies ab, bot aber einen Waffenstillstand in dieser Zone an, um die Versammlung zu ermöglichen. Darüber hinaus sagte sie den inhaftierten ELN-Führern für die Teilnahme freies Geleit zu. Der ELN-Führung reichten diese Zugeständnisse offensichtlich nicht aus. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, kidnappte der ELN in einer spektakulären Aktion zunächst im April eine Avianca-Maschine mit 25 Passagieren, darunter ein US-Bürger. Ende Mai stürmte ein ELN-Kommando die Kirche eines Oberschichtviertels in Cali und entführte 140 Gottesdienstbesucher. Daraufhin brach der Präsident jeglichen Kontakt zum ELN ab. Erst nach einer offiziellen Entschuldigung seitens der ELN-Führung und nach der Blockade in den Gesprächen zwischen Regierung und FARC begannen sich im Juli und August neue, wenn auch zaghafte Verhandlungsoptionen zu eröffnen.

Die Paramilitärs

Auch wenn die paramilitärischen Gruppen, insbesondere die *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) unter der Führung von Carlos Castaño, nicht an den Friedensgesprächen beteiligt waren, so waren sie doch quasi immer indirekt zumindest als Thema und Problem in den Gesprächen gegenwärtig. Die kolumbianischen Guerillagruppen sind sich bei allen Unterschieden doch in einem Punkt einig: mit den Paramilitärs setzen sie sich nicht an den Verhandlungstisch, die Regierung habe diese zu entwaffnen und effizient zu bekämpfen.

Die AUC selbst forderten dagegen in einem Schreiben ihre Einbeziehung in die Friedensgespräche. Mit Beginn der Kontaktaufnahme zwischen Regierung und Guerilla suchten sie Ende 1998 die direkte militärische Auseinandersetzung mit der Guerilla, indem sie in von dieser kontrollierte Gebiete vordrangen. In einer Studie des Internationalen Roten Kreuzes werden die Paramilitärs für 80 Prozent der 1998 begangenen Massaker verantwortlich gemacht, US-amerikanische Studien sprechen immerhin von knapp 50 Prozent. In Anlehnung an die Guerilla forderten auch die AUC eine entmilitarisierte Zone. Als

Zeichen des guten Willens verkündete Castaño über Weihnachten einen Waffenstillstand. Dieser wurde nicht zufällig am 7. Januar, dem Tag des Verhandlungsbeginns zwischen Regierung und FARC, mit einer blutigen Offensive, die 150 Tote forderte, im Norden des Landes beendet.

Diese Strategie erwies sich allerdings als kontraproduktiv: Präsident Pastrana erklärte am 12. Januar die „unversöhnliche Verfolgung“ der Paramilitärs. Es folgte aber lediglich die Schaffung einer speziellen Einheit zur Informationsbeschaffung über die Paramilitärs. Bei einem kurz darauf folgenden Kubabesuch wurde der Präsident dann allerdings mit der Bemerkung zitiert, er werde zum geeigneten Zeitpunkt auch mit den Paramilitärs reden. Diese reale oder hypothetische Gesprächsbereitschaft war der Auslöser für den Gesprächsabbruch der FARC im Januar (s.o.). Ein erster realer Schritt zur Eindämmung der Paramilitärs fand dann im April statt, als Pastrana zwei Generäle entließ, denen Verbindungen zu den Paramilitärs vorgeworfen wurden. Dabei handelte es sich um Fernando Millán, Direktor der *Escuela Superior de Guerra*, und Rito Alejo del Río, der 1996 als „Befrieder des Urabá“ galt. Er war Kommandeur der dort stationierten 7. Brigade, als die Paramilitärs die Zone von der Guerilla „säuberten“.

Die Paramilitärs legten im Mai ebenfalls eine Agenda für Friedensgespräche mit der Regierung vor, in der sie forderten:

- Anerkennung als Kriegspartei, die auf seiten des Staates steht;
- Amnestie und Begnadigung für die begangenen Delikte;
- Diskussion eines Themenkatalogs, der von politischen Reformen über das Entwicklungsmodell, die Dezentralisierung, Umweltschutz und den Drogenhandel reicht.

Gleichzeitig versuchten die AUC weiter, sich an den Verhandlungstisch zu morden. Mitte Juni erklärte Carlos Castaño dem Kongreß und dem kolumbianischen Generalstaatsanwalt offen den Krieg, weil beide sich für die Aufrechterhaltung des Systems der „gesichtslosen Rechtsprechung“ einsetzten, die insbesondere in Fällen von Drogenhandel und Paramilitärs zum physischen Schutz der Richter angewandt wird.

Ambivalenzen und Zweideutigkeiten

Bei allen Unterschieden zwischen Zielen und Strategien der verschiedenen Akteure weist ihr Verhalten doch ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit auf, das unter den Stichworten Ambivalenz und Zweideutigkeit gefaßt werden kann. Alle Ak-

teure haben im vergangenen Jahr immer wieder „ihre Muskeln“ spielen lassen, sei es durch Abbruch der Gespräche (FARC, Regierung gegenüber dem ELN), sei es durch militärische Offensiven oder Entführungen, die dem Gegner signalisieren sollen, daß der Krieg militärisch nicht zu entscheiden ist.

Auch wenn die Erfahrung aus anderen Friedensprozessen zeigt, daß dieses Verhalten im Vorfeld von Verhandlungen durchaus die Regel ist, so ist es gleichzeitig kontraproduktiv. Entweder soll ernsthaft verhandelt werden, dann müssen insbesondere auch die Guerillagruppen Zeichen des guten Willens setzen. Dies muß nicht unbedingt ein umfassender Waffenstillstand sein, was vor allem für die FARC aufgrund der historischen Erfahrungen von 1985 nicht denkbar ist. Mitte der 80er Jahre waren ehemalige FARC-Kämpfer, die die Partei *Unión Patriótica* gründeten, einer massiven Repressionskampagne durch staatliche und parastaatliche Kräfte ausgesetzt, die in wenigen Jahren 3.000 Mitgliedern und Politikern das Leben kostete. Auch unterhalb der Schwelle des Waffenstillstands kann es kleine, partielle Schritte geben – wie es etwa eine Feuerpause über Weihnachten gewesen wäre –, die als vertrauensbildende Maßnahmen wichtig und notwendig sind.

Unklar bleibt, ob die Ungereimtheiten bei allen Akteuren eine bewußte Strategie sind (was von allen Seiten dem jeweiligen Gegner gerne vorgeworfen wird), oder ob diese interne Differenzen innerhalb der jeweiligen Gruppen widerspiegeln. Auf Seiten der Regierung gibt es ganz offensichtlich Differenzen zwischen Präsident Pastrana und dem Militär sowie Teilen des politischen Establishments, was die Ablehnung umfassender Vollmachten für den Präsidenten durch den Senat zuletzt deutlich gemacht hat. Darüber hinaus wendet sich anscheinend die öffentliche Meinung nach der Verschiebung des Beginns der inhaltlichen Gespräche auf unbestimmte Zeit Mitte Juli. Es melden sich gar Pessimisten zu Wort, wie Ex-Präsident Alfonso Michelsen, der meint, Pastrana werde seine vierjährige Amtszeit nicht beenden können. Auf Seiten der FARC scheint hinter den Kulissen schon die Auseinandersetzung um die Nachfolge Marulandas ausgebrochen zu sein. Marulanda gilt als Befürworter des Dialogs, der militärische Chef Jorge Briceño als Vertreter der *hardliner*. Beim ELN ist unklar, inwieweit die beiden inhaftierten Sprecher noch den Kontakt zur eigenen Basis haben. Bei den Paramilitärs schließlich haben sich zwar sieben Gruppen unter Führung von Carlos Castaño zusammengeschlossen, daneben aber operieren noch zahlreiche andere Gruppen nach eigenen Gesetzen.

Sollten die zu beobachtenden Ambivalenzen eine bewußte Strategie sein, so hätten die Kritiker recht, die – wie der damalige Verteidigungsminister Rodrigo Lloreda – meinen, der gesamte Friedensprozeß sei ein „Spiel“. In diesem Fall wäre die Perspektive Kolumbiens ein Blutbad, das selbst die *Violencia* der 50er Jahre weit in den Schatten stellen würde.

Externe Akteure

Die Beteiligung externer Akteure an der Friedenssuche in Kolumbien war lange Zeit tabu. Erst mit der Verschärfung der Auseinandersetzungen und durch den wachsenden internationalen Druck wegen der Menschenrechtsverletzungen erhöhte sich die Bereitschaft aller Akteure, externe Kräfte an der Friedenssuche zu beteiligen. Am stärksten hat bisher der ELN versucht, externe Akteure – insbesondere die deutsche Regierung – einzubeziehen, was in diesem Fall allerdings eher ein Versuch ist, die fehlende eigene militärische Kraft durch externe Unterstützung zu kompensieren.

Verschiedene lateinamerikanische Regierungen und Politiker – etwa die costarikanische Regierung während der Präsidentschaft von José María Figueres Olsen (1994-98) oder der ehemalige nikaraguanische Präsident Daniel Ortega und sogar Papst Johannes Paul II. – haben in den vergangenen Jahren und Monaten ihre Dienste als Vermittler angeboten. Der argentinische Sozialwissenschaftler Gabriel Tokatlián, der bis vor kurzem an der *Universidad Nacional* in Bogotá lehrte, hat in einem Zeitungsartikel die lateinamerikanischen Staaten zu einer Art „Contadora“-Initiative aufgerufen, die Mitte der 80er Jahre unter Beteiligung Kolumbiens einen wesentlichen Beitrag zur Begrenzung der Konflikte in Zentralamerika leistete. Bisher haben sich diese Überlegungen noch nicht konkretisiert, aber ihre Dringlichkeit wird aller Orten immer deutlicher wahrgenommen. So hat der Präsident des lateinamerikanischen Unternehmerverbandes, Roberto Teixeira da Costa, Mitte Juli erklärt, die größte Gefahr für die Ökonomien der Region seien nicht die Probleme an der argentinischen Börse, sondern der interne Krieg Kolumbiens. „Auch wenn noch so oft wiederholt wird, daß Kolumbien ein Ausnahmefall sei, Tatsache ist, daß diese Aktionen nach außen negative Signale über die wirtschaftliche Stabilität der Region senden.“

Seit der Wahl von Andrés Pastrana ist dagegen die Kolumbienpolitik der USA sehr aktiv geworden. Bereits Ende Juli 1998 wurde Pastrana als gewählter Präsident im Weißen Haus empfangen, was ein deutlich sichtbares Zeichen der Ent-

spannung der bilateralen Beziehungen war, die mit der Verweigerung der Einreise für Pastranas Vorgänger Samper einen absoluten Tiefpunkt erreicht hatten. Im Dezember 1998 unterzeichneten beide Regierungen ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit. Das Abkommen sieht die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe vor, unter deren Koordination das kolumbianische Militär Ausbildung, Training und Ausrüstung für den Kampf gegen Drogenhandel und -produktion erhalten soll. Darüber hinaus enthält das Programm auf Drängen US-amerikanischer Gruppen auch eine Komponente der Ausbildung in Menschenrechtsfragen und der Reform der Militärgesetzgebung. Gleichzeitig erklärte die US-Regierung aber stets ihre Unterstützung für Pastranas Friedensbemühungen. Vertreter von verschiedenen US-amerikanischen Instanzen trafen sich – meist allerdings „privat“ – mit Marulanda oder anderen hochrangigen FARC-Vertretern. Die prominentesten Besucher waren der Präsident der New Yorker Börse, Richard Grasso, und der Abgeordnete der Demokratischen Partei, William Delahunt.

Andere Signale sendeten dagegen die Kritiker des kolumbianischen Friedensprozesses aus. Barry McCaffrey, der US-amerikanische Antidrogenbeauftragte, erklärte Kolumbien im März 1999 zur Hauptgefährdung für die USA und äußerte Befürchtungen, Kolumbien könne aufgrund der internen Probleme seine Demokratie verlieren. Im April wurde eine Studie der *National Defense University* bekannt, in der vor einem Zerfall Kolumbiens gewarnt wird und Optionen für ein militärisches Eingreifen diskutiert werden. Zur Zeit befinden sich etwa 300 US-Soldaten in Kolumbien, die im Rahmen des bilateralen Ausbildungsprogramms tätig sind. Im Herbst 1998 verdreifachten die USA ihre ökonomische Hilfe für Kolumbien. 90 Prozent der Mittel sollen zwar der Drogenbekämpfung dienen, eine genaue Abgrenzung ist allerdings nur schwer möglich, was nicht zuletzt die Rede von der „*Narcoguerrilla*“ zeigt. Kolumbien ist heute nach Israel und Ägypten der drittgrößte Empfänger US-amerikanischer Hilfe. Die Aufrüstung der kolumbianischen Armee wird im US-amerikanischen Kongreß vor allem von den Republikanern gefordert, die Kolumbien zu einer „Gefahr für den regionalen Frieden“ hochstilisieren.

Die US-Regierung brachte bei der diesjährigen Generalversammlung der OAS in Guatemala einen Resolutionsentwurf ein, in dem ein multilaterales Eingreifen der Regionalorganisation in dem Fall gefordert wird, daß in einem Mitgliedsland die demokratische Institutionalität bedroht ist. Auch wenn US-Vertreter hinterher behaupteten,

sie hätten die Entwicklungen in Paraguay vor Augen gehabt, stellten doch die meisten Beobachter und Teilnehmer sofort die Assoziation zu Kolumbien her. Eine militärische Intervention der USA oder der OAS dürfte aber nach Lage der Dinge eher zu einem „zweiten Vietnam“ denn zu einem zweiten „Kosovo“ führen. Zur Bewältigung der grundlegenden Probleme Kolumbiens wird eine wie auch immer geartete Militäraktion sicher wenig beitragen.

Kann Kolumbien aus früheren Erfahrungen lernen?

Kolumbien und auch seine zentralamerikanischen Nachbarn verfügen aus den vergangenen anderthalb Jahrzehnten mittlerweile über einen reichen Schatz an Erfahrungen bei der Friedenssuche. Die Erfahrungen aus Zentralamerika, wo zwischen 1990 und 1996 die Bürgerkriege in Nicaragua, El Salvador und Guatemala auf dem Verhandlungsweg beendet wurden, werden in Kolumbien heute viel diskutiert. Zentrale Faktoren für die Beendigung der zentralamerikanischen Kriege waren auf militärischem Gebiet strategische Pattsituationen, die keine Seite zu ihren Gunsten aufbrechen konnte, so daß ein militärischer Sieg unmöglich war. Auch in Zentralamerika stiegen die direkten und indirekten Kosten der Kriege von Jahr zu Jahr, so daß den Kontrahenten schließlich klar wurde, daß ein Andauern der bewaffneten Auseinandersetzung kaum noch etwas übriglassen würde, was sich zu beherrschen lohnte. Trotz dieser Einsichten wären die jeweiligen Abkommen in Zentralamerika ohne die massive Einflußnahme externer Akteure nicht unterzeichnet worden.

Schon hier gibt es einige grundlegende Unterschiede zu Kolumbien. Zwar könnte man auch dort durchaus von einem militärischen Patt sprechen, aber es scheint im Augenblick noch nicht so, als würden die zentralen Akteure einsehen, daß der Krieg militärisch nicht zu gewinnen ist. Im Gegenteil: Im Sommer 1999 rüsten insbesondere FARC und Regierungstruppen auf, um für den Fall B – das Scheitern der Gespräche und die Eskalation des bewaffneten Kampfes – vorbereitet zu sein. Auch externer Einfluß kann im fünftgrößten lateinamerikanischen Land nicht dasselbe Gewicht haben wie in den kleinen, von externen Faktoren extrem stark abhängigen zentralamerikanischen Staaten. Und schließlich kann das, was für Zentralamerika als Haupterfolg der Friedensabkommen zu bewerten ist – die Etablierung formal demokratischer politischer Systeme – für Kolumbien kein Modell sein. In Kolumbien gingen in den vergangenen 30 Jahren formaldemokrati-

sche Institutionalität mit permanenter Gewaltausübung einher. Eine solche Lösung kann für die Guerilla mithin kein Anreiz sein, die Waffen niederzulegen.

Auch die eigenen kolumbianischen Erfahrungen dürften kaum ein Modell für den aktuellen Prozeß darstellen. Das Scheitern des Friedensprozesses der Administration Betancur wurde bereits genannt, und auch der „erfolgreiche“ kolumbianische Friedensprozeß mit der M-19 in den Jahren 1990/91 ist eher skeptisch zu beurteilen. Zentrales Element war damals die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die den politischen Spielraum für die Opposition erweiterte. Die Gewalt hörte aber nicht auf und die grundlegenden Probleme des Landes im Bereich von Armut und sozialer Ungleichheit haben sich seither nicht verringert. Außerdem verfügte die M-19 nie über die militärische Stärke und finanzielle Basis, wie sie die FARC und zumindest teilweise auch der ELN haben. Die Beendigung des bewaffneten Kampfes 1990 war eher ein Eingeständnis dieses Tatbestands als ein Erfolg der Verhandlungen. Angesichts all dieser Probleme und den dargestellten Ambivalenzen aller Akteure steht zu befürchten, daß Kolumbien ein heißer Herbst bevorsteht.

Quellen

Socorro Ramírez V. und Luis Alberto Restrepo, *Actores en el conflicto por la paz. El proceso de paz durante el gobierno de Belisario Betancur 1982-1986*. Bogotá. Siglo XXI, CINEP 1988

Human Rights Watch 1998: *War without Quarter. Colombia and International Humanitarian Law*. New York u.a.

Departamento de Planeación Nacional 1998: *La paz: El desafío para el desarrollo*, Bogotá, TM Editores

Mark Chernick, *La paramilitarización de la guerra en Colombia*, in: NACLA span. Ausgabe März-April 1998 (internet: www.nacla.org)

Zeitungen und Zeitschriften aus Kolumbien im Internet:

Semana (www.semana.com.co):

Cambio (www.cambio16.com)

El Tiempo (www.eltiempo.com)

El Espectador (www.espectador.com)

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/iik>